

Wahlen im Aargau: Wo sind die Jungen?

Wer für einen Gemeinderat kandidieren will, muss sich in den meisten Gemeinden bis zum 11. August anmelden. Überraschungen bei den Kandidaturen von Frauen und Männern sowie Probleme bei der Schulpflege zeichnen sich ab.



«Die Entwicklung unserer Gesellschaft lebt von politischer Beteiligung, und wir dürfen dies hier in der Schweiz sehr wohl auch als Privileg ansehen. Politik sollte meiner Meinung nach schon früh in der Familie und in der Schule stattfinden, damit die jungen Generationen sich schon früh mit gesellschaftlichen Fragen auseinandersetzen und daran teilnehmen können.»

MARC BAMBERGER (28, SP), WURDE IN REKINGEN STILL GEWÄHLT. JETZT STELLT ER SICH DER WIEDERWAHL IM BILD MIT SEINER VERLOBTEN ELENA FLACH, DIE BEIDEN TEILEN SICH DAS PRÄSIDIUM DER SP ZÜRZACH

VON MATHIAS KÜNG

Am 24. September werden in den Gemeinden die politischen Weichen für vier Jahre gestellt. Wer sich für den Gemeinderat bewerben will, hat in den meisten Gemeinden bis 11. August, 12 Uhr, Zeit, um sich anzumelden. Wie sieht es vor den Sommerferien aus? Stehen Kandidierende Schlange oder sind Vertreter der Parteien und ortsspezifischer Gruppierungen verzweifelt auf der Suche? Renate Gautschy, Präsidentin der Gemeindeammännervereinigung des Kantons Aargau (GAV), zieht eine positive Zwischenbilanz: «Es ist mit den Anmeldungen sehr gut angelaufen. In etlichen Gemeinden stehen wir gar vor Kampfwahlen. Ich nenne als Beispiele Aarau, Baden, Menziken. Das trifft auch auf etliche kleine Gemeinden zu, wie «meine» Gemeinde Gontenschwil, was mich sehr freut, haben die Wählerinnen und Wähler damit doch eine Auswahl.» Das sei auch ein Zeichen dafür, dass sich Kandidierende heute besser finden liessen als nach Erfahrungen früherer Wahlen.

Gautschy sieht darin auch bereits einen ersten Erfolg der Bemühungen der GAV, das Milizprinzip zu stärken. Die von der Vereinigung auf Ersuchen diverser Gemeinden initiierte Entscheidungsdiskussion habe zudem «einen angenehmen Nebeneffekt», ergänzt GAV-Geschäftsführer Martin Hitz. Den Leuten sei jetzt bewusster, welche Entscheidung Gemeinderäte überhaupt erhalten. Und sie machten sich vermehrt Gedanken über deren Angemessenheit.

Anteil der Frauen nimmt ab

Mehrere grosse Wermutstropfen mischen sich aber in die Freude über die zahlreichen Anmeldungen. Nach Beobachtung der GAV ist nämlich der Anteil der Frauen, die sich bewerben, leicht rückläufig. Dafür mel-

den sich mehr Männer als früher. Gautschy: «Ich wünsche mir, dass sich noch mehr Frauen in den nächsten Wochen entschliessen, zu kandidieren. Im Vordergrund stehen aber der Wille und die Zeitkapazität.»

Jüngere Generation untervertreten

Sorge bereitet Renate Gautschy zudem der Umstand, «dass uns in den Gemeinderäten eine ganze Generation fehlt. Die 38- bis 48-Jährigen sind darin nämlich massiv untervertreten». Gautschy erklärt sich das so, dass diese Generation voll mit Familie und Beruf ausgelastet sei. Überdies seien viele Leute mit höherer Ausbildung beruflich sehr mobil und würden sich deshalb auch weniger in ihrer Gemeinde engagieren, was Gautschy sehr bedauert. Dass der Anteil der unter 38-Jährigen laut einer Untersuchung noch tiefer ist, ist für sie nachvollziehbar: «Viele Jüngere sind noch in Ausbildung oder gründen gerade eine Familie. Da verstehe ich, dass für sie ein Exekutivamt in der Gemeinde noch keine grosse Option ist.» Sie wolle keineswegs Alte gegen Junge ausspielen, betont Gautschy. Man brauche «Alte», «Reifere mit Erfahrung» und Junge, «die noch mit dem Kopf durch die Wand wollen». Das höchste Ziel sei Qualität, unabhängig von Alter oder Geschlecht.

Schulpflegen suchen Leute

Ein echtes Problem haben vielerorts die Schulpflegen. Laut Hitz harzt es vielerorts. «Manche Leute sind verunsichert über die Diskussion über eine mögliche Abschaffung der Schulpflegen.» Die Konstellation mit Gemeinderat, Schulpflegen und Schulleitung sei gewiss klärungsbedürftig. Es gebe aber diese drei Ebenen. Zudem sei Schulpflegearbeit sehr spannend und vielfältig, wirbt Martin Hitz. Gemeindevorteiler müssten halt noch intensiver



«Mit einem Milizamt in der Gemeinde lernt man Dorf und Leute kennen. Das ist das beste Integrationsprogramm.»

RENATE GAUTSCHY PRÄSIDENTIN GEMEINDEAMMÄNNER-VEREINIGUNG DES KANTONS AARGAU

Leute suchen und überzeugen: «Wer sich für schulische Belange interessiert, kann hier viel einbringen und lernen.»

Letzte Rettung Telefonbuch

Gibt es eine Kategorie von Gemeinden, die am ehesten noch nach Behördenmitgliedern suchen? Das könne man nicht über einen Leisten schlagen, sagt Hitz: «Agglomerations- und kleinere Gemeinden haben es allenfalls überdurchschnittlich schwer. Gerade bei Letzteren fallen viele mögliche Kandidierende aufgrund langer Arbeitswege ausser Betracht.»

Wie sucht man denn da, gerade wenn immer weniger Ortsparteien aktiv sind? Es komme auch heute noch immer wieder vor, dass man sich in solchen Fällen mit dem Telefonbuch hilft, sagt Martin Hitz offen. Renate Gautschy beobachtet aber erfreut einen neuen Trend: Nämlich dass sich Neuzugezogene stärker als früher in ihrer Gemeinde engagieren: «Mit einem Milizamt in der Gemeinde lernt man Dorf und Leute kennen. Das ist das beste Integrationsprogramm.»

Kurse für neue Gemeinderäte

Neu gewählte Aargauer Gemeinderätinnen und Gemeinderäte sollen indes noch besser auf ihre Tätigkeit vorbereitet werden. Am 1. und 2. Dezember organisiert das Institut für Public Management (ipm) Lengnau im Campus in Brugg-Windisch ein Eintrittsseminar für Neugewählte. Dieses wurde zusammen mit der GAV und der Gemeindeabteilung des Kantons organisiert, vermittelt wird dort > ein Überblick über das Funktionieren von Gemeinde und Staat > die Grundregeln für die Arbeit des Gemeinderates sowie > das Einmaleins der Gemeindefinanzen.

Junge sind stark untervertreten

Die Hochschule Chur untersucht, wie man Junge für ein Gemeinderatsamt gewinnt.

VON MATHIAS KÜNG

In den Schweizer Gemeinderäten sitzen kaum unter 35-Jährige, und auch die 35- bis 45-Jährigen sind untervertreten. Dies zeigt eine Untersuchung von 2011 (siehe Grafik rechts). Forschenden und Forscher der Hochschule für Technik und Wirtschaft HTW Chur wollen jetzt wissen, wie die Situation aktuell ist. Laut Curdin Derungs, stellvertretender Leiter des Zentrums für Verwaltungsmanagement an der HTW Chur, geht man mangels aktueller Daten und aufgrund eigener Erfahrungen nach wie vor von einem geringen Anteil an jungen Erwachsenen in den Gemeindeexekutiven aus. Derungs: «Zudem verringert sich dieser Anteil mit zunehmender Gemeindegrösse. Dies hat mit dem Übergang von reinen Miliz- zu (Teil-)Profexekutiven zu tun, wenn Gemeinden grösser werden.»

Eine Vorstudie in Graubünden zeige, dass junge Erwachsene systematischer für solche Ämter angefragt werden. Die Vermutung liegt nahe, dass Parteien entweder nur schlecht Zugang zu jungen Erwachsenen finden oder aber diesen solche Ämter nicht zugetraut werden. Tatsächlich interessieren sich viele Junge in dieser Lebensphase für anderes, etwa für Reisen, die Gründung einer Familie, den



«Ich höre Ende Jahr als Vize-Feuerwehrkommandant auf. Jetzt habe ich Zeit für etwas anderes. Dienst an der Öffentlichkeit ist mir ein inneres Anliegen. Warum wenig Junge kandidieren? Früher waren viele in Vereinen. Da übernahm man verschiedene Funktionen, kam mit der Gemeinde in Kontakt. Das geht leider langsam verloren.»

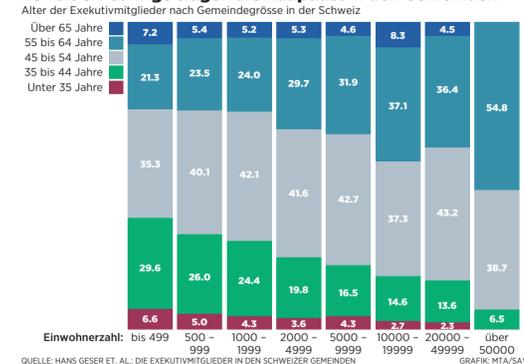
BEAT WOODTLI (49), WILL FÜR DIE SVP IN SLURH IN DEN GEMEINDERAT

«Die Arbeit im Gemeinderat stellt für mich eine sinnvolle, spannende und ehrenvolle Aufgabe dar, welche die einmalige Gelegenheit bieten würde, die Gemeinde Waltenschwil ein kleines Stück begleiten und mitgestalten zu dürfen.»

CHRISTOPH MEYER (39), PORTIERT VON CVP, FDP UND JFDP FÜR DEN GEMEINDERAT WALTENSCHWIL



45- bis 54-Jährige tragen die Hauptlast in den Gemeinden



Aufbau einer Karriere. Das bestätigte die Vorstudie stark, sagt Derungs. «Darauf zu warten, dass sich jemand selbst meldet - vergessen Sie es!» Sehr wichtig sei auch, ob der Arbeitgeber mitmache: «Wenn er akzeptiert, dass jemand einmal pro Woche wegen der Gemeinderatssitzung um 16 Uhr gehen muss, oder auch mal untertags einige Stunden fehlt und später nacharbeitet, geht es. Wenn der Arbeitgeber nicht mitmacht, wird es sehr schwierig, überhaupt zu kandidieren.» Mehr kann Derungs zur Studie «Promo 35» der HTW Chur noch nicht sagen. Die Daten müssen erst ausgewertet werden. Die Ergebnisse liegen 2018 vor.

315 000 Franken für eine Drohung, die keine war

Das Bundesgericht beurteilt die Nachwehen eines Justizirrtums - der Kanton wird zur Kasse gebeten.

VON URS-PETER INDERBITZIN

Aufgrund einer Äusserung bzw. Drohung verhaftete die Aargauer Justiz einen Geschäftsmann und steckte diesen für 91 Tage in Untersuchungshaft. Nun muss der Kanton dem Mann über 315 000 Franken Schadenersatz und Genugtuung bezahlen. Eine weitere Forderung von fast 2 Millionen Franken hat das Bundesgericht abgewiesen.

Es geschah am Mittagstisch, anno 2013 irgendwo im Kanton Aargau. Ein Mann las in der Zeitung einen Bericht über ein Attentat. Gegenüber seiner Frau erklärte er offenbar, dass er den Attentäter verstehe. Weiter führte er aus, auch er möchte seinen Geschäftspartner erschiessen, wenn er denn eine Waffe hätte. Diese Äusserung hatte Folgen: Zwei Tage später wandte sich nämlich die Ehefrau in ihrer Besorgnis an den gemeinsamen Hausarzt, welcher tags darauf die Polizei benachrichtigte.

Der Geschäftsmann wurde sogleich am Arbeitsort verhaftet. Zudem orientierte die Polizei den Geschäftspartner über die getätigte Äusserung, die

durchaus als Drohung verstanden werden kann. Der Geschäftspartner liess sich nicht zweimal bitten, stellte noch am selben Tag Strafantrag und entliess den Geschäftsmann. Dieser sass während 91 Tagen in Untersuchungshaft.

Freispruch und Entschädigung

Der Fall nahm seinen Lauf: Im August 2013 verurteilte die Staatsanwaltschaft Brugg-Zürzach den entlassenen Geschäftsmann wegen Drohung zu einer bedingten Geldstrafe von 100 Tagessätzen zu je 250 Franken sowie zu einer Busse von 2000 Franken.

Anders wertete die Präsidentin des Bezirksgerichts Brugg das Geschehen. Sie hiess die Einsprache des Verurteilten gut und sprach ihn von Schuld und Strafe frei. Gleichzeitig sprach sie dem Geschäftsmann wegen ungerechtfertigter Untersuchungshaft eine Entschädigung von 297 654 Franken sowie eine Genugtuung von 13 800 Franken zu.

Später beschäftigte sich auch das Aargauer Obergericht mit dem Fall. Es stellte das Verfahren im Oktober 2016 ein, nachdem der bedrohte Geschäftspartner seinen Strafantrag zurückgezogen hatte. Gleichzeitig erhöhte das Obergericht die Genugtuung an den Freigesprochenen auf 18 400 Franken, sodass dieser zulasten des Kantons Aargau insgesamt den Betrag von 315 000 Franken einstreichen kann. Dies war

dem verurteilten und freigesprochenen Geschäftsmann allerdings nicht genug. Er erhob gegen das Urteil des Obergerichts Beschwerde ans Bundesgericht und forderte - infolge wirtschaftlicher Einbussen - eine weitere Zahlung von gut 1,9 Millionen Franken. Zur Begründung führte er an, die Drohung sei nicht alleiniger Grund für den Verlust seines Arbeitsplatzes gewesen. Vielmehr habe die gegen ihn geführte Strafuntersuchung, vor allem das Verhalten der Polizei, die ihn am Arbeitsplatz verhaftet und den Geschäftspartner telefonisch über die Drohung informiert habe, zu seiner Entlassung geführt. Er sei daher für den Erwerbsausfall zu entschädigen.

Ehefrau und Arzt verantwortlich

Das Bundesgericht hat den Kanton vor weiteren Zahlungen bewahrt. Für die Richter in Lausanne ist weniger die Polizei als vielmehr die Ehefrau und der Arzt für die Überreaktion verantwortlich. «Deren allenfalls unüberlegtes Handeln oder Aufbauschen kann nicht den Strafverfolgungsbehörden angelastet werden», meint das Bundesgericht. Vielmehr habe die Polizei die Drohung ernst nehmen müssen, zumal sie sich andernfalls dem Vorwurf ausgesetzt hätte, trotz Kenntnis der Drohung nichts zum Schutz des Geschäftspartners unternommen zu haben.

Bodensee, Intensivsprachkurs und eine Fussafari in Afrika

So unterschiedlich verbringen die Aargauer Regierungsräte ihre Sommerferien

VON MATHIAS KÜNG

Am Mittwoch fand in Aarau die letzte Regierungssitzung vor den Sommerferien statt. Ab jetzt können die Regierungsräte Ferien beziehen. Volkswirtschaftsdirektor Urs Hofmann verabschiedet sich für volle vier Wochen. Trotzdem ist es bei ihm mit Ferien nicht weit her. Doch davon später mehr. Umgekehrt begnügt sich Finanzdirektor Markus Dieth mit einigen Tagen Ferien. Mehr liegt offenbar nicht drin. Kein Wunder, muss er doch am 25. August das Budget 2018 präsentieren. Bis dahin bleibt noch viel Arbeit.

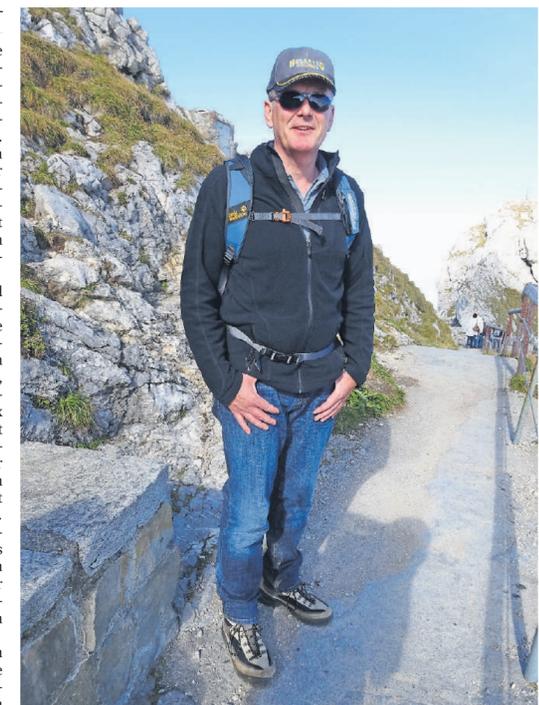
Zwei Wochen abwesend sein wird Landammann und Baudirektor Stephan Attiger. Er macht mit der Familie Badeferien in Spanien. Nur unbeschwert mit dem Nachwuchs am Strand herumtollen kann er aber nicht, er nimmt auch Arbeit mit. Nach Südengland zieht es Landstatthalter Alex Hürzeler mit seiner Frau. Hürzeler ist ebenfalls zwei Wochen abwesend. Unterwegs sind beim Bildungsdirektor kulturelle Ausflüge zum Kennenlernen von Land und Leuten geplant. Er wälzt in England aber nicht auch noch Akten.

Gar nicht so weit weg von den Hürzeler ist Volkswirtschaftsdirektor Urs Hofmann in England, nämlich in Worcester. Wahrscheinlich hat er aber keine Zeit, seinen Kollegen zu besuchen, absolviert Hofmann dort doch einen Intensiv-Sprachkurs.

In der Bodenseeregion begegnen sich vielleicht mal Markus Dieth (der einige Tage dort und im Appenzellischen unterwegs ist) und Gesundheitsdirektorin Franziska Roth. Sie nimmt sich eine dreiwöchige Auszeit in der Bodenseeregion im Thurgau. Auch sie kann nicht ganz loslassen, zwischendurch ist auch bei ihr Arbeit angesagt.

Staatschreiberin auf Fussafari

Während die fünf Regierungsräte eher in der Nähe bleiben, zieht es Staatschreiberin Vincenza Trivigno weit weg nach Mosambik und Simbabwe. Ange-



Landammann Stephan Attiger beim Wandern, diesmal macht er Ferien in Spanien. zvg

sagt sind dort Tauchen und eine Fussafari.

Wer einen Regierungsrat oder die Regierungsrätin am 1. August reden hören will, hat dazu sieben Gelegenheiten. Stephan Attiger spricht am 1. Juli (20 Uhr) in Dottikon am 1. August (11 Uhr) an der Feier von Moosleerau und Kirchleerau. Alex Hürzeler spricht am 1. Au-

gust (20 Uhr) in seiner näheren Heimat, in Gansingen. Urs Hofmann, der sonst meist mehrere Auftritte hat, pausiert (er büffelt am Intensivsprachkurs in England). Markus Dieth spricht am 1. August um 11.30 Uhr in Mellingen und um 18 Uhr in Arni. Franziska Roth schliesslich ist am 31. Juli in Holziken, am 1. August in Fahrwangen zu hören.